

Gesetzentwurf **der Bundesregierung**

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 7. Januar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über Soziale Sicherheit

A. Zielsetzung

Durch das Abkommen soll im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherungen der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten von Amerika der soziale Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen sichergestellt und koordiniert werden für den Fall, daß sie sich im anderen Staat aufhalten. Insbesondere wird auch die Frage der Erhaltung der im andern Vertragsstaat erworbenen Anwartschaften und der Gewährung von Leistungen aus diesen Anwartschaften in den Heimatstaat geregelt.

B. Lösung

Das Abkommen beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und begründet Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Vorschriften über die Rentenversicherungen der Vertragsstaaten. Es enthält die Grundsätze der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und der uneingeschränkten Leistungsgewährung in den anderen Vertragsstaat. Ferner ist vorgesehen, daß in der deutschen und amerikanischen Rentenversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten zusammenzurechnen sind, soweit dies für die Erfüllung des Leistungsanspruchs erforderlich ist.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (43) — 806 06 — So 53/76

Bonn, den 17. Mai 1976

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 7. Januar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über Soziale Sicherheit mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens und des Schlußprotokolls in deutscher und englischer Sprache und eine Denkschrift zum Abkommen sind beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 434. Sitzung am 14. Mai 1976 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzesentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 7. Januar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über Soziale Sicherheit

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Washington am 7. Januar 1976 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über Soziale Sicherheit wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 23 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit dem Abkommen das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Das Abkommen soll auch im Land Berlin gelten; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 23 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika
über Soziale Sicherheit

Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the United States of America
on Social Security

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Vereinigten Staaten von Amerika —

IN DEM WUNSCH, ihre Beziehungen im Bereich der
Sozialen Sicherheit zu regeln —

HABEN folgendes VEREINBART:

Tell I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Hoheitsgebiet“
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
in bezug auf die Vereinigten Staaten von Amerika die Bundesstaaten, den Distrikt Columbia, den Freistaat Puerto Rico, die Jungferninseln, Guam und Amerikanisch-Samoa;
2. „Rechtsvorschriften“
die Gesetze und Verordnungen, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen;
3. „zuständige Behörde“
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,
in bezug auf die Vereinigten Staaten von Amerika den Minister für Gesundheit, Bildung und Wohlfahrt (Secretary of Health, Education, and Welfare);
4. „Träger“
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneter Rechtsvorschriften obliegt;
5. „zuständiger Träger“
den Träger, dem im Einzelfall die Anwendung der Rechtsvorschriften obliegt;
6. „Beschäftigung“
eine Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;
7. „Versicherungszeit“
eine Beitragszeit oder eine Zeit, in der Einkommen aus einer Beschäftigung erzielt wurde, wenn sie nach den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurde, eine Versicherungszeit ist oder als solche gilt, oder eine ähnliche Zeit, soweit sie nach diesen Rechtsvorschriften einer Versicherungszeit gleichsteht;

The Federal Republic of Germany
and
the United States of America,

BEING DESIROUS of regulating the relationship between them in the area of social security,

HAVE AGREED as follows:

Part I
General Provisions

Article 1

For the purpose of this Agreement

1. "Territory" means, as regards the Federal Republic of Germany, the area in which the Basic Law (Grundgesetz) of the Federal Republic of Germany is in force, and as regards the United States of America, the States, the District of Columbia, the Commonwealth of Puerto Rico, the Virgin Islands, Guam and American Samoa;
2. "Laws" means the laws and regulations concerning the systems of social security specified in Article 2, paragraph 1;
3. "Competent Authority" means, as regards the Federal Republic of Germany, the Federal Minister of Labor and Social Affairs (Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung), and as regards the United States of America, the Secretary of Health, Education, and Welfare;
4. "Agency" ("Träger") means the institution or authority responsible for implementing laws specified in Article 2, paragraph 1;
5. "Competent Agency" means the agency responsible for applying the laws in a specific case;
6. "Employment" means employment or self-employment as defined by the applicable laws;
7. "Period of coverage" ("Versicherungszeit") means a period of payment of contributions or a period of earnings from employment, as defined or recognized as a period of coverage by the laws under which such period has been completed, or any similar period insofar as it is recognized by such laws as equivalent to a period of coverage;

8. „Rente“
eine Alters-, Angehörigen-, Hinterbliebenen- oder Invaliditätsrente im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;
9. „Geldleistung“
eine Rente oder eine andere Geldleistung im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;
10. „Sachleistung“
eine Sachleistung zur Rehabilitation im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften.

Artikel 2

(1) Im Sinne dieses Abkommens sind die anzuwendenden Rechtsvorschriften

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland die Rechtsvorschriften über
- die Rentenversicherung der Arbeiter,
 - die Rentenversicherung der Angestellten,
 - die knappschaftliche Rentenversicherung,
 - die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
 - die Altershilfe für Landwirte;
- b) in bezug auf die Vereinigten Staaten von Amerika die Rechtsvorschriften über
- die Bundesstaatliche Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsversicherung.

(2) Rechtsvorschriften im Sinne des Absatzes 1 sind nicht diejenigen, die sich für einen Vertragsstaat aus anderen zwischenstaatlichen Verträgen oder aus überstaatlichem Recht oder aus zu deren Ausführung erlassenen Rechtsvorschriften ergeben.

Artikel 3

Soweit nichts anderes bestimmt ist, gilt dieses Abkommen für

- a) Staatsangehörige eines Vertragsstaates im Sinne des Artikels XXV Absatz 6 des Freundschafts-, Handels- und Schiffsvertrages vom 29. Oktober 1954 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika sowie der Nummer 22 des dazugehörigen Protokolls, mit der Maßgabe, daß künftig an Stelle des Begriffs „Heimatschein“ der Begriff „Staatsangehörigkeitsausweis“ tritt,
- b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,
- c) Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen vom 28. September 1954,
- d) andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, einem Flüchtling oder einem Staatenlosen im Sinne dieses Artikels ableiten,
- e) Staatsangehörige eines anderen Staates als eines Vertragsstaates, soweit sie nicht zu den unter Buchstabe d bezeichneten Personen gehören.

Artikel 4

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen die in Artikel 3 Buchstaben a bis d bezeichneten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates aufhalten, bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates dessen Staatsangehörigen gleich.

(2) Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates, die sich gewöhnlich außerhalb der Hoheitsgebiete der Ver-

8. „Benefit“ („Rente“) means an old-age, dependent, survivor, or disability insurance benefit provided by the applicable laws;

9. „Cash benefit“ („Geldleistung“) means a benefit („Rente“) and any other cash payment provided by the applicable laws; and

10. „Benefit-in-kind“ („Sachleistung“) means a rehabilitation benefit-in-kind provided by the applicable laws.

Article 2

1. For the purpose of this Agreement, the applicable laws are:

- (a) as regards the Federal Republic of Germany, laws governing
- Wage Earners' Pension Insurance
 - Salaried Employees' Pension Insurance
 - Miners' Pension Insurance
 - Steelworkers' Supplementary Pension Insurance
 - Farmer's Old-Age Benefits; and
- (b) as regards the United States of America, laws governing
- the Federal Old-Age, Survivors and Disability Insurance Program.

2. Laws within the meaning of paragraph 1 of this Article shall not include laws resulting for one Contracting State from other international treaties or supranational legislation, or from laws promulgated for their implementation.

Article 3

Unless otherwise provided, the present Agreement shall apply to

- (a) nationals of a Contracting State within the meaning of Article XXV, paragraph 6, of the Treaty of Friendship, Commerce and Navigation between the Federal Republic of Germany and the United States of America of October 29, 1954 and of paragraph 22 of the Protocol thereto, with the proviso that henceforth the term „Certificate of Residence“ (Heimatschein) shall be replaced by the term „Certificate of Nationality“ (Staatsangehörigkeitsausweis),
- (b) refugees within the meaning of Article 1 of the Convention on the Status of Refugees dated July 28, 1951 and the Protocol to that Convention dated January 31, 1967,
- (c) stateless persons within the meaning of Article 1 of the Convention on the Status of Stateless Persons dated September 28, 1954,
- (d) other persons with respect to the rights they derive from a national of either Contracting State, from a refugee or a stateless person within the meaning of this Article, and
- (e) nationals of a State other than a Contracting State who are not included among the persons referred to in paragraph (d) of this Article.

Article 4

1. Unless otherwise specified in the present Agreement, the persons designated in Article 3 (a), (b), (c) and (d) who ordinarily reside in the territory of either Contracting State shall in the application of the laws of one Contracting State receive equal treatment with the nationals of that Contracting State.

2. Nationals of one Contracting State who ordinarily reside outside of the territories of both Contracting

tragsstaaten aufhalten, werden die Geldleistungen und die Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates unter denselben Voraussetzungen erbracht, wie sie der andere Vertragsstaat auf seine eigenen Staatsangehörigen anwendet, die sich gewöhnlich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten aufhalten.

Artikel 5

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates, nach denen Ansprüche auf Geldleistungen oder die Zahlung von Geldleistungen vom Inlandsaufenthalt abhängen, nicht für die in Artikel 3 Buchstaben a bis d genannten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten.

Artikel 6

(1) Soweit in diesem Artikel nichts anderes bestimmt ist, richtet sich die Versicherungspflicht von Personen, die im Hoheitsgebiet des einen Vertragsstaates beschäftigt sind, nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates, selbst wenn sich der Arbeitgeber im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

(2) Wird eine Person im Hoheitsgebiet des einen Vertragsstaates beschäftigt, in den sie von ihrem Arbeitgeber im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates von dort entsandt wurde, so gelten dessen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht so weiter, als wäre sie noch in seinem Hoheitsgebiet beschäftigt, selbst wenn der Arbeitgeber im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaates eine Zweigniederlassung hat.

(3) Für die Beschäftigung einer Person als Mitglied der Besatzung eines Seeschiffes, das berechtigt ist, die Bundesflagge der Bundesrepublik Deutschland zu führen, eines deutschen Luftfahrzeuges, eines amerikanischen Seeschiffes, eines amerikanischen Luftfahrzeuges, eines Seeschiffes, das berechtigt ist, die Bundesflagge der Bundesrepublik Deutschland zu führen und gleichzeitig ein amerikanisches Seeschiff nach den amerikanischen Rechtsvorschriften ist, oder eines Luftfahrzeuges, das zwar ein deutsches Luftfahrzeug ist, aber nach den amerikanischen Rechtsvorschriften wie ein amerikanisches Luftfahrzeug behandelt wird, gilt in bezug auf die Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht folgendes:

- a) Gelten für die Person nur die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates, so gelten diese weiter.
- b) Ist die Person Staatsangehörige des einen Vertragsstaates und gelten für sie die Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten, so gelten nur die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Staatsangehörige sie ist.
- c) 1. Ist die Person Staatsangehörige beider Vertragsstaaten oder gehört sie zu den in Artikel 3 Buchstabe b, c oder e genannten Personen und gelten für sie die Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten, so gelten nur die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet sie sich gewöhnlich aufhält.
2. Hält sich die Person nicht gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates auf, so können sie und ihr Arbeitgeber die Befreiung von den Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht eines Vertragsstaates nach Absatz 5 beantragen.
- d) Ist eine Person als Staatsangehörige des einen Vertragsstaates auf einem Seeschiff oder in einem Luftfahrzeug des anderen Vertragsstaates beschäftigt, so

States shall be granted the cash benefits and benefits-in-kind provided by the laws of the other Contracting State under the same conditions which the other Contracting State applies to its own nationals who ordinarily reside outside of the territories of both Contracting States.

Article 5

Unless otherwise provided in this Agreement, the laws of one Contracting State which require that entitlement to or payment of cash benefits be dependent on residence in the territory of that Contracting State, shall not be applicable to the persons designated in Article 3 (a), (b), (c) and (d) who ordinarily reside in the territory of the other Contracting State.

Article 6

1. Except as otherwise provided in this Article, persons who have employment within the territory of one of the Contracting States shall be subject to the laws on compulsory coverage of only that Contracting State even when the employer is located in the territory of the other Contracting State.

2. The employment of a person in the territory of one Contracting State to which he was sent from the territory of the other Contracting State by his employer in that territory shall continue to be subject to the laws on compulsory coverage of only the other Contracting State, as if he were still employed in the territory of the other Contracting State, even when the employer also has a place of business (Zweigniederlassung) in the territory of the Contracting State of employment.

3. In the case of the employment of a person as an officer or member of a crew of a sea-going vessel which has been granted the right to fly the flag of the Federal Republic of Germany, a German aircraft, an American vessel, an American aircraft, a vessel which has been granted the right to fly the flag of the Federal Republic of Germany and is at the same time an American vessel under United States laws, or of an aircraft which is a German aircraft but which is treated as an American aircraft under United States laws, the following rules shall apply with regard to the laws on compulsory coverage:

- (a) If the person is subject to the laws of only one of the Contracting States, he shall remain subject to those laws.
- (b) If the person is a national of one of the Contracting States and subject to the laws of both Contracting States, he shall be subject only to the laws of the Contracting State of which he is a national.
- (c) (1) If the person is a national of both Contracting States or is a member of a group specified in Article 3 (b), (c) or (e) and is subject to the laws of both Contracting States, he shall be subject only to the laws of the Contracting State in whose territory he ordinarily resides.
- (2) If he does not ordinarily reside in the territory of either Contracting State, he and his employer may apply for an exemption from the laws on compulsory coverage of one of the Contracting States under the procedure provided in paragraph 5 of this Article.
- (d) A person who is a national of one Contracting State employed on the vessel or aircraft of the other Contracting State and who is not otherwise subject to the

wird sie nach dessen Rechtsvorschriften pflichtversichert, wenn sie sonst nicht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates pflichtversichert wäre.

- (4) a) Wird ein Staatsangehöriger des einen Vertragsstaates von diesem im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates beschäftigt, so gelten die Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des ersten Vertragsstaates.
- b) Wird eine Person, die Staatsangehörige des einen Vertragsstaates ist, im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates, in dem sie sich nicht gewöhnlich aufhält, von einem Bediensteten des ersten Vertragsstaates beschäftigt, der dessen Staatsangehöriger ist, so gelten die Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht dieses Vertragsstaates.
- c) Wird eine Person, die Staatsangehörige des einen Vertragsstaates ist, im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates, in dem sie sich gewöhnlich aufhält, von einem Bediensteten des ersten Vertragsstaates beschäftigt, der dessen Staatsangehöriger ist, so gelten die Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des anderen Vertragsstaates.

(5) Auf Antrag einer in den Absätzen 1 bis 4 mit Ausnahme des Absatzes 3 Buchstabe c Nummer 2 bezeichneten Person und ihres Arbeitgebers oder auf Antrag eines selbständig Erwerbstätigen kann die zuständige Behörde des Vertragsstaates, von dessen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht Befreiung begehrt wird, diese zulassen, wenn für die Person und ihren Arbeitgeber oder den selbständig Erwerbstätigen die Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des anderen Vertragsstaates gelten.

Teil II

Rentenversicherungen

Artikel 7

(1) Sind nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten zurückgelegt, so berücksichtigt der Träger, der den Anspruch auf Geldleistungen und Sachleistungen nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften feststellt, die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates anrechnungsfähig sind und nicht mit Versicherungszeiten zusammenfallen, die nach den für den Träger geltenden Rechtsvorschriften anrechnungsfähig sind.

(2) Aus diesem Abkommen ergibt sich kein Anspruch auf Rente nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates, wenn nach diesen Rechtsvorschriften nicht eine Mindestversicherungszeit zurückgelegt wurde und auf Grund der zurückgelegten Versicherungszeit allein kein Anspruch auf Rente besteht. Bei Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften beträgt die Mindestversicherungszeit achtzehn Monate, bei Anwendung der amerikanischen Rechtsvorschriften sechs Vierteljahre.

(3) Ist nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates weniger als die Mindestversicherungszeit nach Absatz 2 zurückgelegt, so werden diese Versicherungszeiten ohne Rücksicht auf ihre zeitliche Lage von dem Träger des anderen Vertragsstaates für die Berechnung der Rente berücksichtigt, als wären sie Versicherungszeiten nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, wenn

- a) die Mindestversicherungszeit nach Absatz 2 nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates

laws on compulsory coverage of either Contracting State shall be subject to the laws on compulsory coverage of the other Contracting State.

4. (a) A national of one of the Contracting States employed by that Contracting State in the territory of the other Contracting State shall be subject to the laws on compulsory coverage of only the first Contracting State.
- (b) A person who is a national of one of the Contracting States employed in the territory of the other Contracting State, where he does not ordinarily reside, by an employee of the first Contracting State who is a national of the first Contracting State shall be subject to the laws on compulsory coverage of only the first Contracting State.
- (c) A person who is a national of one of the Contracting States employed in the territory of the other Contracting State, where he ordinarily resides, by an employee of the first Contracting State who is a national of the first Contracting State shall be subject to the laws on compulsory coverage of only the other Contracting State.

5. Upon application of a person specified in the preceding paragraphs of this Article, except paragraph 3 (c) (2), and his employer, or upon application of a self-employed person, the Competent Authority of the Contracting State from whose laws on compulsory coverage the exemption is desired may grant the exemption, if the person and his employer, or the self-employed person, will be subject to the laws on compulsory coverage of the other Contracting State.

Part II

Benefit Insurance System

Article 7

1. Where periods of coverage have been completed under the laws of both Contracting States, the Agency which determines the entitlement to cash benefits and benefits-in-kind under its laws shall take account of periods of coverage which are creditable under the laws of the other Contracting State and which do not coincide with periods of coverage credited under its own laws.

2. This Agreement shall not result in entitlement to a benefit under the laws of a Contracting State unless a minimum period of coverage has been completed by a person under its laws and the completed period of coverage alone does not result in entitlement to benefits. In the application of German laws, periods of coverage totaling 18 months shall be the required minimum, and, in the application of United States laws, periods of coverage totaling 6 quarters of coverage shall be the required minimum.

3. Where a person's periods of coverage are less than the minimum period required by paragraph 2 of this Article under the laws of one Contracting State, those periods of coverage, whether or not consecutive, shall nevertheless be considered by the Agency of the other Contracting State for purposes of the computation of a benefit, as if they were periods of coverage under its own laws, provided that

- (a) the person has the minimum period required by paragraph 2 under the laws of the other Contracting

zurückgelegt ist und mit oder ohne Berücksichtigung des Absatzes 1 Anspruch auf Rente nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates besteht oder

- b) trotz Nichterreichens der Mindestversicherungszeit nach Absatz 2 ein Anspruch auf Rente nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates besteht.

Artikel 8

Für die Bundesrepublik Deutschland gilt folgendes:

1. Die nach Artikel 7 zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden dem Versicherungszweig zugeordnet, dessen Träger unter ausschließlicher Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften für die Feststellung der Rente zuständig ist. Ist danach der Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung zuständiger Träger, so werden die nach den amerikanischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt, wenn sie in einem bergbaulichen Betrieb unter Tage zurückgelegt sind.
2. Die nach den amerikanischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten, die nach Artikel 7 Absatz 3 vom zuständigen Träger bei der Berechnung der von ihm zu gewährenden Rente zu berücksichtigen sind, erhöhen lediglich die Zahl der nach den deutschen Rechtsvorschriften anrechnungsfähigen Versicherungsjahre.
3. Für die Rentenbemessungsgrundlage werden nur die nach den deutschen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten herangezogen.
4. Sind die Voraussetzungen für den Rentenanspruch nur unter Berücksichtigung des Artikels 7 Absatz 1 erfüllt, so wird der auf die Zurechnungszeit entfallende Leistungsteil nur zur Hälfte gezahlt.
5. Für die Zahlung des Kinderzuschusses gilt, auch wenn er als Leistungsteil in der Waisenrente enthalten ist, folgendes:
 - a) Ist nach den deutschen Rechtsvorschriften ohne Berücksichtigung des Artikels 7 Absatz 1 Kinderzuschuß, nach den amerikanischen Rechtsvorschriften jedoch keine Kinderrente zu zahlen, so wird der Kinderzuschuß voll gezahlt.
 - b) Ist nach den deutschen Rechtsvorschriften mit oder ohne Berücksichtigung des Artikels 7 Absatz 1 Kinderzuschuß und nach den amerikanischen Rechtsvorschriften Kinderrente zu zahlen, so wird der Kinderzuschuß zur Hälfte gezahlt.
 - c) Ist nach den deutschen Rechtsvorschriften nur unter Berücksichtigung des Artikels 7 Absatz 1 Kinderzuschuß und nach den amerikanischen Rechtsvorschriften keine Kinderrente zu zahlen, so wird der Kinderzuschuß zur Hälfte gezahlt.
6. Für den Wegfall der Knappschaftsausgleichsleistung für einen Bergmann, der die bergmännische Beschäftigung aufgegeben hat, steht ein amerikanischer knappschaftlicher Betrieb einem deutschen knappschaftlichen Betrieb gleich.
7. Hängt für einen selbständig erwerbstätigen Handwerker die Versicherungspflicht davon ab, ob eine Mindestzahl von Beiträgen entrichtet ist, so werden dafür auch die nach den amerikanischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten berücksichtigt.

State and has entitlement for benefits with or without the application of paragraph 1 of this Article under the laws of the other Contracting State, or

- (b) the person is entitled to benefits under the laws of the other Contracting State with less than the minimum period required by paragraph 2.

Article 8

The following provisions shall apply to the Federal Republic of Germany:

1. The periods of coverage to be considered in accordance with Article 7 shall be taken into account by the insurance system whose Agency is competent for determining a person's benefit if only the German laws were applied. If under this provision the Competent Agency is the Miners' Pension Insurance system, the periods of coverage completed under United States laws shall be taken into account by the Miners' Pension Insurance system if the periods were completed underground in a mine.
2. Periods of coverage completed under United States laws which are to be considered by the Competent Agency for the computation of the benefit payable by it, in accordance with Article 7, paragraph 3, shall only increase the number of creditable insurance years under German laws.
3. In determining the benefit computation base (Rentenbemessungsgrundlage), only periods of coverage considered under German laws shall be taken into account.
4. If the requirements for entitlement to a benefit are met only by applying the provisions of Article 7, paragraph 1, only half of the benefit amount which is attributable to deemed periods of coverage (Zurechnungszeit) shall be payable.
5. The following rules shall apply where an amount is payable as a supplement to a child; these rules shall also apply if the child's supplement is an integral part of the orphan's pension:
 - (a) If a supplement is payable under German laws without the application of Article 7, paragraph 1, but no child's insurance benefit is payable under United States laws, the supplement shall be payable in full.
 - (b) If a supplement is payable under German laws with or without the application of Article 7, paragraph 1, and a child's insurance benefit is payable under United States laws, one-half of the supplement shall be payable.
 - (c) If a supplement is payable under German laws only with the application of Article 7, paragraph 1, and no child's insurance benefit is payable under United States laws, one-half of the supplement shall be payable.
6. For purposes of terminating the right to the compensatory cash benefit for a miner who has been separated from his mining occupation (Knappschaftsausgleichsleistung), a United States mining establishment shall be treated as equivalent to a German mining establishment.
7. In the case of a self-employed craftsman, whose liability status for compulsory coverage is conditional upon payment of a minimum number of contributions, periods of coverage completed under United States laws shall be taken into account to determine whether the craftsman is liable.

Artikel 9

Für die Vereinigten Staaten von Amerika gilt folgendes:

1. Besteht nach den amerikanischen Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung des Artikels 7 Absatz 1 Anspruch auf Rente, so berechnet der zuständige Träger zunächst den theoretischen Leistungsgrundbetrag, indem er die nach den Rechtsvorschriften jedes Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten so berücksichtigt, als wären alle diese Versicherungszeiten nach den amerikanischen Rechtsvorschriften zurückgelegt. Sodann berechnet er den Teil des Leistungsgrundbetrags, der dem Verhältnis entspricht, in dem die nach den amerikanischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zur Summe der nach den Rechtsvorschriften jedes Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten stehen. Auf der Grundlage dieses so berechneten Teils des Leistungsgrundbetrags werden die Renten gezahlt, die nach den amerikanischen Rechtsvorschriften auf Grund des Versicherungskontos zu zahlen sind.
2. Zeiten, für die ein deutscher zuständiger Träger Erwerbsunfähigkeit nach den deutschen Rechtsvorschriften festgestellt hat, werden, sofern es für die Person günstiger ist, bei der Feststellung der Leistungsvoraussetzungen nach den amerikanischen Rechtsvorschriften und bei der Berechnung des Leistungsgrundbetrags nach diesem Abkommen nicht berücksichtigt.
3. Für die Berechnung des theoretischen Leistungsgrundbetrags berücksichtigt der zuständige Träger, sofern es für die Person günstiger ist, das Einkommen in jedem Jahr während der nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten, als wären diese nach den amerikanischen Rechtsvorschriften zurückgelegt.

Teil III

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1

Amtshilfe

Artikel 10

Die zuständigen Behörden, Träger und Verbände von Trägern der Vertragsstaaten leisten einander bei Anwendung dieses Abkommens und der für die jeweils andere Seite geltenden Rechtsvorschriften Hilfe, als wendeten sie ihre eigenen Rechtsvorschriften an. Die Hilfe ist kostenlos, sofern die Vertragsstaaten nichts anderes vereinbaren.

Artikel 11

(1) Die nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte und Bescheide der zuständigen Behörde oder eines Trägers dieses Vertragsstaates, die die Anwendung der Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates betreffen, werden vom anderen Vertragsstaat anerkannt. Die Anerkennung kann versagt werden, wenn die Entscheidung oder der Bescheid der öffentlichen Ordnung einschließlich der Erfordernisse eines ordentlichen Verfahrens widerspricht.

(2) Die in Absatz 1 genannten Entscheidungen und Bescheide werden im Hoheitsgebiet des Vertragsstaates, in dem sie anerkannt werden, nach den in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften vollstreckt.

Article 9

The following provisions shall apply to the United States of America:

1. Where there is eligibility for a benefit under United States laws by applying Article 7, paragraph 1, the Competent Agency shall first compute a theoretical Primary Insurance Amount taking into consideration the periods of coverage completed under the laws of the two Contracting States as if all these periods of coverage had been completed under United States laws. The Competent Agency shall then compute a pro rata Primary Insurance Amount based on the ratio of the total periods of coverage completed under United States laws to the total periods of coverage completed under the laws of the two Contracting States. Any benefits payable under United States laws on the basis of an earnings record where a pro rata Primary Insurance Amount has been computed will be paid on the basis of that pro rata Primary Insurance Amount.
2. Periods during which a person was determined by a Competent German Agency to be totally disabled under German laws shall, when it is to his advantage, be excluded in determining whether he meets the insured status requirements under United States laws and in computing a Primary Insurance Amount under this Agreement.
3. For the purposes of computing a person's theoretical Primary Insurance Amount, the Competent Agency shall take into account, if it is to his advantage, his earnings in any year during periods of coverage completed under German laws, as if they had been completed under United States laws.

Part III

Miscellaneous Provisions

Chapter 1

Administrative Cooperation

Article 10

The Competent Authorities, Agencies and associations of the Agencies of the Contracting States shall assist each other in applying this Agreement and in implementing each other's laws as if they were applying their own laws. This assistance shall be free of charge subject to exceptions to be agreed upon by the Contracting States.

Article 11

1. A final decision of a Court or a ruling by a Competent Authority or an Agency of a Contracting State, concerning a matter arising under its laws, which is enforceable under its laws, shall be recognized by the other Contracting State. A Contracting State may refuse recognition if the decision or ruling is contrary to its public policy including its requirements for due process of law.

2. The final decisions and rulings referred to in paragraph 1 shall be enforced under the laws specified in Article 2, paragraph 1, in the territory of the Contracting State in which the decisions or rulings are recognized.

Artikel 12

(1) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Urkunden, die der zuständigen Behörde oder einem Träger dieses Vertragsstaates vorgelegt werden, ganz oder teilweise von Gebühren oder Abgaben einschließlich Konsulargebühren und Verwaltungsabgaben befreit, so gilt die Befreiung auch für Urkunden, die der zuständigen Behörde oder einem Träger des anderen Vertragsstaates nach dessen Rechtsvorschriften vorgelegt werden.

(2) Urkunden und Abschriften von Urkunden, deren Echtheit bescheinigt ist und die von der zuständigen Behörde oder von einem Träger des einen Vertragsstaates als echt anerkannt werden, werden auch von der zuständigen Behörde und von den Trägern des anderen Vertragsstaates ohne zusätzliche Bescheinigung als echt anerkannt.

Artikel 13

(1) Die zuständigen Behörden und die Träger der Vertragsstaaten können unmittelbar miteinander und mit allen Personen, unabhängig von deren Aufenthalt, verkehren, wenn es zur Anwendung dieses Abkommens notwendig ist. Sie können dabei ihre Amtssprache verwenden.

(2) Die zuständigen Behörden und die Träger dürfen Eingaben und Urkunden nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

Artikel 14

(1) Schriftliche Anträge und andere Urkunden, die der zuständigen Behörde oder einem Träger des einen Vertragsstaates vorgelegt werden, haben dieselbe Wirkung wie bei Vorlage bei der zuständigen Behörde oder einem Träger des anderen Vertragsstaates.

(2) Wer einen Antrag auf Geldleistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates stellt, kann verlangen, daß der Antrag nicht als Antrag auf Geldleistungen nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates gilt oder daß er dort im Rahmen und nach Maßgabe der Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates an einem anderen Tag wirksam wird.

Artikel 15

Die Konsularbeamten des einen Vertragsstaates an diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates können auf Antrag eines Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaates die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung und Erhaltung der Rechte dieses Staatsangehörigen vornehmen. Die Vollmacht braucht nicht nachgewiesen zu werden.

Kapitel 2

Durchführung des Abkommens

Artikel 16

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten legen einvernehmlich die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsverfahren fest. Sie unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Die zur Durchführung dieses Abkommens bestimmten Verbindungsstellen sind

a) in der Bundesrepublik Deutschland

1. für die Rentenversicherung der Arbeiter
die Landesversicherungsanstalt Freie und Hansestadt Hamburg, Hamburg,

Article 12

1. Where the laws of a Contracting State provide that any document which is submitted to the Competent Authority or an Agency of that Contracting State shall be exempted, wholly or partly, from fees or charges, including consular and administrative fees, the exemption shall also apply to documents which are submitted to the Competent Authority or an Agency of the other Contracting State in accordance with its laws.

2. A document or a copy of a document certified as authentic which is accepted as authentic by the Competent Authority or an Agency of one Contracting State shall be accepted as authentic by the Competent Authority or an Agency of the other Contracting State without further certification.

Article 13

1. The Competent Authorities and the Agencies of the Contracting States may correspond directly with each other and with any person wherever he may reside whenever it is necessary for the administration of this Agreement. The correspondence may be in the writer's official language.

2. An application or document may not be rejected by a Competent Authority or an Agency because it is in the official language of the other Contracting State.

Article 14

1. An application in writing or other document presented to the Competent Authority or an Agency of a Contracting State shall have the same effect as if it were presented to the Competent Authority or an Agency of the other Contracting State.

2. A person who files an application for cash benefits under the laws of a Contracting State may request that it not be treated as an application for cash benefits under the laws of the other Contracting State, or that it be effective on a different date in the other Contracting State, within the limitations of and in conformity with the laws of the other Contracting State.

Article 15

The consular officers of a Contracting State at diplomatic or consular posts in the territory of the other Contracting State, at the request of a person who is a national of the first Contracting State, may take measures necessary to safeguard and maintain the rights of that person. The person's authorization need not be proven.

Chapter 2

Implementation of the Agreement

Article 16

1. The Competent Authorities of the Contracting States shall, by mutual agreement, establish administrative procedures which are required to implement this Agreement. They shall inform each other of any amendments or additions to their laws.

2. Liaison agencies designated for the implementation of this Agreement are:

(a) In the Federal Republic of Germany —

- (1) for the Wage Earners' Pension Insurance system, the Landesversicherungsanstalt Freie und Hansestadt Hamburg (Regional Insurance Institution for Hamburg), Hamburg,

- | | |
|--|--|
| <p>2. für die Rentenversicherung der Angestellten
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte,
Berlin,</p> <p>3. für die knappschaftliche Rentenversicherung
die Bundesknappschaft, Bochum,</p> <p>4. für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland,
Saarbrücken;</p> | <p>(2) for the Salaried Employees' Pension Insurance
system, the Bundesversicherungsanstalt für An-
gestellte (Federal Insurance Institution for Sala-
ried Employees), Berlin,</p> <p>(3) for the Miners' Pension Insurance system, the
Bundesknappschaft (Federal Miners' Insurance
Institution), Bochum, and</p> <p>(4) for the Steelworkers' Supplementary Pension In-
surance system, the Landesversicherungsanstalt
für das Saarland (Regional Insurance Institution
for the Saarland), Saarbrücken;</p> |
|--|--|
- b) in den Vereinigten Staaten
die Sozialversicherungsverwaltung (Social Security
Administration).
- (b) In the United States of America —
the Social Security Administration.

Artikel 17

Geldleistungen können von einem Träger des einen Vertragsstaates an eine Person im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates in der Währung des einen oder des anderen Vertragsstaates wirksam erbracht werden. Werden sie in der Währung des anderen Vertragsstaates erbracht, so ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, an dem die Übermittlung vorgenommen wird.

Article 17

An Agency of a Contracting State may validly pay cash benefits to a person in the territory of the other Contracting State in the currency of its own State or of the other Contracting State. If the cash benefits are paid in the currency of the other Contracting State, the currency conversion shall be at the exchange rate in force on the day the remittance is made.

Artikel 18

- (1) a) Hat ein deutscher Träger an eine Person zu Unrecht Geldleistungen gewährt, so kann der amerikanische Träger im Rahmen der für ihn geltenden Rechtsvorschriften von einer von ihm im Hinblick auf das Versicherungskonto derselben Person zu zahlenden Geldleistung den zu Unrecht gezahlten Betrag zugunsten des deutschen Trägers einbehalten.
- b) Hat ein deutscher Träger an eine Person als Vorschuß oder vorläufige Geldleistung einen Betrag gezahlt, der den geschuldeten Betrag übersteigt, so behält der amerikanische Träger von der von ihm im Hinblick auf das Versicherungskonto derselben Person zu zahlenden Geldleistung einen Betrag in Höhe des den geschuldeten Betrag übersteigenden Betrages zugunsten des deutschen Trägers ein.
- (2) a) Hat der amerikanische Träger im Hinblick auf das Versicherungskonto einer Person zu Unrecht Geldleistungen gewährt, so kann ein deutscher Träger im Rahmen der für ihn geltenden Rechtsvorschriften von einer von ihm an dieselbe Person zu zahlenden Geldleistung den zu Unrecht gezahlten Betrag zugunsten des amerikanischen Trägers einbehalten.
- b) Hat der amerikanische Träger im Hinblick auf das Versicherungskonto einer Person als Vorschuß oder vorläufige Geldleistung einen Betrag gezahlt, der den geschuldeten Betrag übersteigt, so behält ein deutscher Träger von der von ihm an dieselbe Person zu zahlenden Geldleistung einen Betrag in Höhe des den geschuldeten Betrag übersteigenden Betrages zugunsten des amerikanischen Trägers ein.

Article 18

1. (a) Where a German Agency has made on overpayment of cash benefits to a person, the amount of the overpayment may be withheld for the account of the German Agency by the United States Agency from a cash benefit payable by it on the earnings record of the same person, within the limits of the United States laws.
- (b) In case of payment of an advance or provisional cash benefit to a person by a German Agency which is more than the amount due, the United States Agency shall withhold for the account of the German Agency an amount equal to the excess amount paid from any cash benefits payable by it on the earnings record of this same person.
2. (a) Where the United States Agency has made an overpayment of cash benefits on the earnings record (Versicherungskonto) of a person, the amount of the overpayment may be withheld for the account of the United States Agency by a German Agency from a cash benefit payable by it to the same person, within the limits of the German laws.
- (b) In case of payment of an advance or provisional cash benefit on the earnings record (Versicherungskonto) of a person by the United States Agency which is more than the amount due, a German Agency shall withhold for the account of the United States Agency an amount equal to the excess amount paid from any cash benefits payable by it to the same person.

Artikel 19

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt.

(2) Kann eine Streitigkeit durch die zuständigen Behörden nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlan-

Article 19

1. Disagreements between the two Contracting States regarding the interpretation or implementation of this Agreement shall, as far as possible, be settled by the Competent Authorities.

2. If a disagreement cannot be resolved by the Competent Authorities it shall, at the request of either Con-

gen eines Vertragsstaates nach den folgenden Bestimmungen einem Schiedsverfahren unterworfen:

- a) Die Schiedsstelle wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Mitgliedstaates der Nordatlantikvertrags-Organisation als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Streitigkeit einer Schiedsstelle unterbreiten will.
- b) Werden die unter Buchstabe a genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Generalsekretär der Nordatlantikvertrags-Organisation bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Generalsekretär die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus anderem Grunde verhindert, so nimmt der Stellvertretende Generalsekretär die Ernennungen vor. Besitzt auch der Stellvertretende Generalsekretär die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er aus anderem Grunde verhindert, so nimmt der nach dem Protokoll im Range nächstfolgende Beigeordnete Generalsekretär, der nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt und nicht aus anderem Grunde verhindert ist, die Ernennungen vor.
- c) Die Schiedsstelle entscheidet mit Stimmenmehrheit auf Grund der zwischen den Parteien bestehenden Übereinkünfte und des allgemeinen Völkerrechts. Ihre Entscheidungen sind für beide Vertragsstaaten bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor der Schiedsstelle; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Die Schiedsstelle kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt die Schiedsstelle ihr Verfahren selbst.

Teil IV

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 20

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Geldleistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch Versicherungszeiten und andere rechtserhebliche Ereignisse aus der Zeit vor seinem Inkrafttreten berücksichtigt.

(3) Rechte aus diesem Abkommen werden durch Entscheidungen aus der Zeit vor seinem Inkrafttreten nicht berührt.

(4) Geldleistungen, auf die vor Inkrafttreten dieses Abkommens Anspruch bestand, können nach seinen Bestimmungen neu berechnet werden. Die Geldleistung ist nach der Neuberechnung mindestens in Höhe des bisherigen Zahlungsbetrags weiterzuzahlen.

Artikel 21

Das beiliegende Schlußprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

tracting State, be submitted for arbitration in accordance with the following procedures:

- (a) An arbitration board shall be established on an ad hoc basis with each Contracting State appointing one member, and both members agreeing on a citizen from a third North Atlantic Treaty Organization member state as chairman who shall be appointed by the governments of the two Contracting States. The members shall be appointed within two months, and the chairman within three months, after one Contracting State has informed the other that it will refer the dispute to an arbitration board.
- (b) If the deadlines mentioned in paragraph 2 (a) are not met, each Contracting State may, in the absence of other agreements, ask the Secretary General of the North Atlantic Treaty Organization to make the necessary appointments. If the Secretary General is a national of one of the Contracting States or is prevented from acting for another reason, the Deputy Secretary General shall make the appointments. In case the Deputy Secretary General also is a national of one of the two Contracting States or is prevented from acting for another reason, the next Assistant Secretary General following in rank by protocol who is not a national of one of the two Contracting States and who is not prevented from acting for another reason, shall make the appointments.
- (c) The arbitration board shall make its decision by majority vote on the basis of the agreements existing between the parties and general international law. Its decisions shall be binding on both Contracting States. Each Contracting State shall bear the cost for its member, as well as for its representation in the proceedings before the arbitration board; the cost for the chairman as well as other expenses, shall be shared equally between the Contracting States. The arbitration board can make a different decision concerning the allocation of expenses. In all other respects the arbitration board shall establish its own rules of procedure.

Part IV

Transitional and Final Provisions

Article 20

1. This Agreement shall not establish any claim to payment of cash benefits for any period before its entry into force.

2. In the implementation of this Agreement, consideration shall also be given to periods of coverage and other events relevant under the laws occurring before the entry into force of this Agreement.

3. Determinations made before the entry into force of this Agreement shall not affect rights arising under it.

4. Cash benefits to which there was entitlement before the entry into force of this Agreement may be recomputed under its provisions. At least the amount of the cash benefits previously payable shall continue to be payable after the recomputation.

Article 21

The attached Final Protocol shall form an integral part of this Agreement.

Artikel 22

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 23

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 24

(1) Dieses Abkommen bleibt bis zum Ende des Kalenderjahres nach Ablauf des Jahres in Kraft, in dem es von einem Vertragsstaat schriftlich gegenüber dem anderen Vertragsstaat gekündigt wird.

(2) Tritt dieses Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so bleiben die bis dahin erworbenen Ansprüche auf Geldleistungen und auf deren Zahlung aufrechterhalten; Anwartschaften werden nach Maßgabe von Zusatzvereinbarungen berücksichtigt.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Washington am 7. Januar 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 22

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the United States of America within three months of the date of entry into force of this Agreement.

Article 23

1. This Agreement shall be ratified, and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Bonn.

2. This Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the month in which the instruments of ratification are exchanged.

Article 24

1. This Agreement shall remain in force and effect until the expiration of one calendar year following the year in which written notice of its denunciation is given by one of the Contracting States to the other Contracting State.

2. If this Agreement is terminated by denunciation, rights regarding entitlement to or payment of cash benefits acquired under it shall be retained; rights in the process of being acquired shall be recognized in conformity with supplementary agreements.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed the present Agreement and affixed thereto their seals.

DONE at Washington on January 7, 1976, in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
v o n S t a d e n
W a l t e r A r e n d t

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America
D a v i d M a t t h e w s

Schlußprotokoll
zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika
über Soziale Sicherheit

Final Protocol
to the Agreement between the Federal Republic of Germany
and the United States of America
on Social Security

Bei Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklärten die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgendes besteht:

1. Zu Artikel 1 Nummer 2 des Abkommens:

Der Ausdruck „Rechtsvorschriften“ bedeutet auch die Satzungen der deutschen Träger, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen.

2. Zu Artikel 2 des Abkommens:

- a) In bezug auf die Vereinigten Staaten von Amerika sind Rechtsvorschriften über die Bundesstaatliche Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsversicherung im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe b des Abkommens die Bestimmungen in Titel II des Gesetzes über Soziale Sicherheit von 1935 in der jeweils geltenden Fassung, einschließlich der auf Grund der darin enthaltenen Ermächtigung erlassenen Verordnungen, mit Ausnahme der §§ 226 und 228 des Titels II und der darauf sich beziehenden Verordnungen, sowie die Kapitel 2 und 21 des Bundessteuergesetzes von 1954 in der jeweiligen Fassung.
- b) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschäftliche Zusatzversicherung und Altershilfe für Landwirte gilt Teil II des Abkommens nicht.
- c) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates außer den Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung einer anderen Übereinkunft oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so läßt der Träger dieses Vertragsstaates bei Anwendung des Abkommens die andere Übereinkunft oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt.
- d) Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens und Buchstabe c der vorliegenden Nummer finden keine Anwendung, soweit die Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen, Versicherungslastregelungen enthalten.

3. Zu Artikel 4 des Abkommens:

- a) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen bleiben unberührt.
- b) Die deutschen Rechtsvorschriften, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und ihrer Verbände sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.

At the time of signing the Agreement on Social Security concluded this day between the Federal Republic of Germany and the United States of America, the plenipotentiaries of both Contracting States stated that they are in agreement on the following points:

1. With reference to Article 1, paragraph 2, of the Agreement:

The term "laws" shall include the regulations adopted by the German Agencies (Träger) relating to the systems of social security specified in Article 2, paragraph 1, of the Agreement.

2. With reference to Article 2 of the Agreement:

- (a) Regarding Article 2, paragraph 1 (b), of the Agreement, with respect to the United States of America, the laws governing the Federal Old-Age, Survivors and Disability Insurance Program are title II of the Social Security Act of 1935, as amended, and regulations promulgated under the authority provided therein, except sections 226 and 228 of that title and regulations pertaining to those sections, and Chapter 2 and Chapter 21 of the Internal Revenue Code of 1954 as amended.
- (b) Part II of the Agreement shall not apply to the Steelworkers' Supplementary Pension Insurance system or to the Farmers' Old-Age Benefit system of the Federal Republic of Germany.
- (c) If under the laws of one of the Contracting States the requirements for the application of another Convention or a supranational regulation are fulfilled in addition to the requirements for the application of this Agreement, the Agency of this Contracting State shall disregard the other Convention or supranational regulation when applying this Agreement.
- (d) Article 2, paragraph 2, of the Agreement and paragraph 2 (c) of this Protocol shall not apply if the social security laws resulting for the Federal Republic of Germany from international treaties or supranational law or designed to implement such treaties or law contain provisions relating to the apportionment of insurance burdens.

3. With reference to Article 4 of the Agreement:

- (a) Provisions relating to the apportionment of insurance burdens that may be contained in international treaties shall not be affected.
- (b) German laws which guarantee participation of the insured and of the employers in the organs of self-government of the Agencies and of their associations as well as in the adjudication of social security matters shall remain unaffected.

4. Zu Artikel 5 des Abkommens:

- a) Die deutschen Rechtsvorschriften über Geldleistungen aus Versicherungszeiten, die nicht nach Bundesrecht zurückgelegt sind, werden nicht berührt.
- b) Die deutschen Rechtsvorschriften über die Gewährung von medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Maßnahmen zur Rehabilitation durch die Träger der Rentenversicherung werden nicht berührt.
- c) Artikel 5 des Abkommens gilt auch hinsichtlich der amerikanischen Rechtsvorschriften, nach denen die Zahlung von Geldleistungen vom tatsächlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Vereinigten Staaten von Amerika abhängt.

5. Zu Artikel 6 des Abkommens:

- a) Artikel 6 des Abkommens gilt auch für Personen, die nach den in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Abkommens genannten Rechtsvorschriften Arbeitnehmern gleichgestellt sind.
- b) Artikel 6 Absatz 4 des Abkommens gilt für die Bediensteten aller deutschen öffentlichen Arbeitgeber.
- c) In bezug auf die Vereinigten Staaten von Amerika bedeuten der Ausdruck „von diesem beschäftigt“ im Sinne des Artikels 6 Absatz 4 Buchstabe a des Abkommens beschäftigt von der Bundesregierung oder einer ihr zugeordneten Stelle („instrumentality“) und der Ausdruck „Bediensteter des ersten Vertragsstaates“ im Sinne des Artikels 6 Absatz 4 Buchstaben b und c des Abkommens einen Bediensteten der Bundesregierung oder einer ihr zugeordneten Stelle („instrumentality“).
- d) Artikel 6 Absatz 5 des Abkommens gilt nicht für die Befreiung von den amerikanischen Rechtsvorschriften bei amerikanischen Staatsangehörigen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Vereinigten Staaten von Amerika aufhalten.

6. Zu Artikel 7 des Abkommens:

- a) Für die Gewährung des Leistungszuschlags nach den deutschen Rechtsvorschriften über die knappschaftliche Rentenversicherung bleiben die nach den amerikanischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten unberücksichtigt.
- b) Artikel 7 Absatz 1 des Abkommens gilt in der deutschen Rentenversicherung für Geldleistungen und Sachleistungen, deren Gewährung im Ermessen des Trägers liegt, entsprechend.
- c) Ungeachtet des Artikels 7 Absatz 3 des Abkommens hat der amerikanische Träger nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten nicht zu berücksichtigen, wenn eine Person Anspruch auf Übergangsrente nach § 227 des amerikanischen Gesetzes über Soziale Sicherheit hat.

7. Zu Artikel 8 des Abkommens:

- a) Bewirkt nach den deutschen Rechtsvorschriften der Bezug einer Rente Versicherungsfreiheit und Unzulässigkeit der freiwilligen Versicherung, so hat der Bezug einer entsprechenden Rente nach den amerikanischen Rechtsvorschriften dieselbe Wirkung.
- b) Amerikanische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie zu dieser für mindestens 60 Monate Beiträge wirksam entrichtet haben oder

4. With reference to Article 5 of the Agreement:

- (a) The German laws regarding cash benefits in respect of periods of coverage accumulated other than under federal law shall remain unaffected.
- (b) German laws concerning the granting of medical, occupational and supplementary rehabilitation measures by the Agencies of the Pension Insurance system shall remain unaffected.
- (c) Article 5 of the Agreement shall also apply to United States laws under which payment of cash benefits is made dependent on physical presence in the territory of the United States.

5. With reference to Article 6 of the Agreement:

- (a) Article 6 of the Agreement shall also apply to persons who are treated as employees under the laws specified in Article 2, paragraph 1 (a), of the Agreement.
- (b) Article 6, paragraph 4, of the Agreement shall apply to an employee of any German public employer.
- (c) With respect to the United States of America, the term “employed by that Contracting State” in Article 6, paragraph 4 (a), of the Agreement shall mean employed by the Federal Government or one of its instrumentalities, and the term “employee of the first Contracting State” in Article 6, paragraph 4, (b) and (c), of the Agreement shall mean an employee of the Federal Government or one of its instrumentalities.
- (d) Article 6, paragraph 5, of the Agreement shall not apply to exemptions from United States laws of United States nationals who ordinarily reside in the territory of the United States of America.

6. With reference to Article 7 of the Agreement:

- (a) Periods of coverage completed under United States laws shall not be taken into account for the grant of increments (Leistungszuschlag) provided under German laws governing the Miners' Pension Insurance system.
- (b) Under German pension insurance, Article 7, paragraph 1, of the Agreement shall apply mutatis mutandis to cash benefits and benefits-in-kind which may be granted at the discretion of the Agency.
- (c) Notwithstanding Article 7, paragraph 3, of the Agreement, the United States Agency shall not be required to take account of periods of coverage completed under German laws in the case of any person who is entitled to transitional benefits on the basis of Section 227 of the United States Social Security Act.

7. With reference to Article 8 of the Agreement:

- (a) Where under German laws the receipt of a benefit entails exemption from compulsory insurance and preclusion from voluntary insurance, receipt of a corresponding benefit under the laws of the United States shall have the same effect.
- (b) United States nationals who ordinarily reside outside the territory of the Federal Republic of Germany shall be eligible for voluntary insurance in the German pension insurance system if they have validly paid contributions for at least 60 months to this system or were eligible for voluntary

- auf Grund übergangsrechtlicher Rechtsvorschriften, die vor dem 19. Oktober 1972 in Kraft waren zur freiwilligen Versicherung berechtigt waren. Dies gilt auch für die in Artikel 3 Buchstaben b und c des Abkommens bezeichneten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Vereinigten Staaten von Amerika aufhalten.
- c) Amerikanische Staatsangehörige können auf Antrag freiwillige Beiträge zur deutschen Rentenversicherung nachentrichten, wenn ein Recht auf freiwillige Weiterversicherung auf Grund der am 19. Oktober 1972 in Kraft getretenen Rechtsvorschriften über die freiwillige Versicherung entfiel, weil sie den gewöhnlichen Aufenthalt oder den Wohnsitz außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland hatten. Die Nachentrichtung kann für Zeiten vom 19. Oktober 1972 an bis zum Inkrafttreten des Abkommens erfolgen, sofern diese Zeiten noch nicht mit Beiträgen zur deutschen Rentenversicherung belegt sind. Der Eintritt des Versicherungsfalles innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Abkommens steht der Nachentrichtung nicht entgegen. Der Antrag kann wirksam nur bis zum Ablauf von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens gestellt werden. Der zuständige Träger kann Teilzahlungen bis zu einem Zeitraum von drei Jahren zulassen.
- d) Amerikanische Staatsangehörige, denen in der Zeit vom 19. Oktober 1972 bis zum Inkrafttreten dieses Abkommens Beiträge erstattet worden sind, können diese auf Antrag wieder einzahlen. Die Wiedereinzahlung kann nur in voller Höhe der erstatteten Beiträge erfolgen und hat die Wirkung, als sei keine Beitragserstattung durchgeführt worden. Buchstabe c Sätze 3 bis 5 gilt entsprechend.
8. Bei der Anwendung des Abkommens werden deutsche Rechtsvorschriften, soweit sie für Personen, die wegen ihrer politischen Haltung oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung geschädigt worden sind, günstigere Regelungen enthalten, nicht berührt.
- insurance on the basis of transitional laws in force before October 19, 1972. This rule shall also apply to the persons specified in Article 3 (b) and (c) of the Agreement who ordinarily reside in the territory of the United States of America.
- (c) Upon application United States nationals may pay voluntary contributions to the German pension insurance system retroactively, if eligibility for continued voluntary insurance was abolished by the laws governing voluntary insurance which entered into force on October 19, 1972 because they were either ordinarily residing or domiciled outside the territory of the Federal Republic of Germany. Retroactive voluntary contributions may be made for periods from October 19, 1972 to the day of the entry into force of the Agreement provided that these periods are not already covered by contributions paid to the German pension insurance system. Events relevant to eligibility for a benefit (Eintritt des Versicherungsfalles) which arise within one year after the entry into force of the Agreement shall not preclude payment of retroactive voluntary contributions. An application can be validly made only during the five-years' period following the date of entry into force of this Agreement. The Competent Agency may accept payments by installments for a period of up to three years.
- (d) United States nationals to whom contributions were refunded between October 19, 1972 and the date of entry into force of this Agreement, may repay such contributions upon application. Such repayment may only be made in the full amount of the contributions refunded; it shall have the effect of cancelling any entry of refund of contributions in the insurance record. Paragraph 7 (c), the last three sentences shall apply accordingly.
8. In the implementation of the Agreement, German laws to the extent that they contain more favorable provisions for persons who have suffered damages because of their political attitude or because of their race, religion or ideology, shall remain unaffected.

GESCHEHEN zu Washington am 7. Januar 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

DONE at Washington on January 7, 1976, in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
v o n S t a d e n
W a l t e r A r e n d t

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America
D a v i d M a t t h e w s

Denkschrift zum Abkommen

Im Bereich der Sozialen Sicherheit sind nach der gegenwärtigen Rechtslage Regelungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika in Artikel IV des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrags vom 29. Oktober 1954 (Bundesgesetzbl. II 1956 S. 487 ff.) enthalten. Das Abkommen geht darüber hinaus und regelt in umfassender Weise die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung.

Das Abkommen begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über die gesetzliche Rentenversicherung im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs des Abkommens.

Die Bestimmung des Artikels 1, die durch Nummer 1 des Schlußprotokolls ergänzt wird, enthält die Erläuterungen der in den nachfolgenden Bestimmungen wiederholt verwendeten Begriffe. Die Vorschrift soll die Anwendung des Abkommens erleichtern.

Die Bestimmung des Artikels 2, die durch Nummer 2 des Schlußprotokolls ergänzt wird, legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest und nennt die innerstaatlichen Rechtsvorschriften, auf die sich das Abkommen bezieht. Nach Artikel 2 Abs. 2 gehören zu diesen Rechtsvorschriften nicht die Vorschriften aus anderen zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht eines der Staaten. In Nummer 2 Buchstabe c des Schlußprotokolls ist klargestellt, daß bei Anwendung des Abkommens nicht gleichzeitig andere Übereinkünfte oder eine überstaatliche Regelung eines Vertragsstaats Anwendung finden.

Artikel 2 erstreckt sich auch auf die künftig in Kraft tretenden einschlägigen Rechtsvorschriften.

Die in Nummer 2 Buchstabe b des Schlußprotokolls getroffene Regelung ergibt sich daraus, daß die bezeichneten Versicherungszweige nicht in die innerstaatlichen Vorschriften über die Wanderversicherung einbezogen sind.

In Artikel 3 sind die Personengruppen, für die das Abkommen gilt, im einzelnen ausdrücklich aufgeführt.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt.

Nach Absatz 2 der Bestimmung ist die uneingeschränkte Gleichbehandlung bei Aufenthalt in dritten Staaten nur im Leistungsrecht vorgesehen.

Zu Artikel 4 sind unter Nummer 3 des Schlußprotokolls ergänzende Regelungen enthalten.

Artikel 5 enthält den Grundsatz der uneingeschränkten Leistungsgewährung in den anderen Vertragsstaat. Die Aufhebung der innerstaatlichen Beschränkungen der Rechte bei Auslandsaufenthalt ist unter Wahrung der Gegenseitigkeit nur in bezug auf die in Artikel 3 Buchstaben a bis d genannten

Personengruppen gerechtfertigt. Für die Gleichstellung von Staatsangehörigen dritter Staaten fehlt es an einer entsprechenden Gegenleistung der dritten Staaten. Aus dieser Sicht ist die Vorschrift zu verstehen. Unter Nummer 4 des Schlußprotokolls sind ergänzende Regelungen enthalten.

Die Bestimmung des Artikels 6, die durch Nummer 5 des Schlußprotokolls ergänzt wird, enthält Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften bei einer Kollision der deutschen und amerikanischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Dadurch wird eine Doppelversicherung vermieden.

Artikel 6 Abs. 1 enthält die übliche Kollisionsnorm, die im Verhältnis zum anderen Vertragsstaat von dem räumlichen Anknüpfungspunkt des Beschäftigungsverhältnisses ausgeht. Die Absätze 2 bis 5 enthalten Regelungen für die üblichen Ausnahmefälle.

Die Bestimmung in Artikel 6 Abs. 4, die durch Nummer 5 Buchstaben b und c des Schlußprotokolls ergänzt wird, berücksichtigt die Besonderheiten des bei den amtlichen Vertretungen beschäftigten Personals. Diese Kollisionsnorm sieht in Buchstabe a als persönlichen Anknüpfungspunkt die Staatsangehörigkeit vor, weil die betreffenden Personen in der Regel ihre rechtlichen und tatsächlichen Beziehungen zu ihrem Heimatstaat aufrechterhalten.

Artikel 6 Abs. 5 beruht auf der Erwägung, daß mitunter die auf Grund der Kollisionsnormen des Artikels 6 Absätze 1 bis 4 mehr oder weniger schematisch vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt.

Die Artikel 7 bis 9 in Verbindung mit den Nummern 6 und 7 des Schlußprotokolls enthalten ins einzelne gehende Bestimmungen für die Rentenversicherungen beider Staaten. Insbesondere sind nach Artikel 7 Abs. 1 Versicherungszeiten, die in der deutschen und amerikanischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, zusammenzurechnen, soweit dies für die Erfüllung eines Leistungsanspruchs erforderlich ist.

Die Bestimmungen unter Nummer 7 Buchstaben b und c des Schlußprotokolls waren im Hinblick auf das Rentenreformgesetz vom 16. Oktober 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 1965 ff.) erforderlich.

Artikel 8 enthält nähere Regelungen für die deutsche, Artikel 9 nähere Regelungen für die amerikanische Rentenversicherung.

Die Artikel 10 bis 19 enthalten die auch sonst üblichen Regelungen für das Zusammenwirken der in den beiden Staaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Die Artikel 20 bis 24 enthalten die üblichen Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Die Bestimmung unter Nummer 8 des Schlußprotokolls soll sicherstellen, daß innerstaatliches deutsches Wiedergutmachungsrecht, soweit es günstigere Regelungen enthält, dem Abkommen vorgeht.

